

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst ein Satz zu meinem Vorredner Norbert Stibitz (FWG): Wir machen hier weder Bundes- noch Landespolitik. Und, Norbert, ich sehe mich nicht als Marionette, sondern wir können – wenn auch unter schwierigen Umständen – gestalten. Ich erinnere nur an den schwierigen und erfolgreichen Kampf um Selbstständigkeit der BBS Kirn, an die positive Entwicklung des Kirner Stadtbildes oder auch an die Weiterentwicklung unserer Kitas.

Leider macht sich angesichts der klammen Zahlen des Haushaltswerks bei vielen ehrenamtlichen Kommunalpolitikern Frust breit. Wir stehen als Kommune am Ende der Futterkette. Bekanntlich beißen die Hunde den Letzten.

Höhere Steuereinnahmen und steigende Schlüsselzuweisungen halbieren zwar das Defizit, beseitigen aber nicht die strukturellen Probleme. Und deshalb, Frau Dröscher (SPD), sehe ich auch das Zuschusswesen dagegen kritisch. Letztlich sind Zuschüsse es ebenfalls Steuergelder, und das System funktioniert vergleichbar damit, als ob der Staat dem Bauern das Schwein wegnimmt und ihm im Gegenzug ein paar Koteletts gibt.

Deutschland lebt seit zwanzig Jahren von der Substanz.

Aber die neue Landesregierung hat sich die Entlastung der Kommunen auf die Fahnen geschrieben. Entsprechend hoch sind die Erwartungen, aber auch die mögliche Fallhöhe. Mit dem im Wahlkampf angekündigten Vorhaben zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wird es zunächst jedoch nichts. Eventuell kommt dies erst zum Ende der Legislaturperiode.

Bei dieser Unsicherheit kommt der Straßenbau in den Gemeinden zum Stillstand.

Bei den schwierigen Rahmenbedingungen gilt unser besonderer Dank Stadtbürgermeister Frank Ensminger sowie den ehrenamtlichen Beigeordneten Christa Hermes, Martin Zerfaß und Michael Kloos.

Ebenso danken wir für das konstruktive Ratsklima.

Die größten Ausgabenblöcke bleiben die Verbandsgemeinde- und Kreisumlage mit zusammen über neun Millionen Euro. Das entspricht rund der Hälfte aller Ausgaben und ist fremdbestimmt. Die Möglichkeiten zur Generierung eigener Einnahmen sind begrenzt und gehen letztlich zulasten von Unternehmen und Bürgern.

Die Verbandsgemeinde wird sich organisatorisch weiter verbessern müssen (dazu später mehr). Das eigentliche Kernproblem bleibt jedoch: immer mehr Aufgaben bei gleichzeitig unzureichender finanzieller Ausstattung.

Im vergangenen Jahr ist das Grundsteueraufkommen infolge der Reform um rund ein Drittel gesunken. Das bedeutete eine Entlastung der Grundstückseigentümer. Man darf davon ausgehen, dass dies so nicht beabsichtigt war. Bereits damals haben wir vermutet, dass nach den Wahlen die finanziellen Belastungen folgen würden – und genauso ist es gekommen. Der Druck auf die Kommunen steigt bis an die Grenze ihrer Handlungsfähigkeit.

Und Herr Stibitz, mit der Begründung, man mache Politik für die Bürger und lehne die Grundsteuererhöhung ab, ist das eine gewagte These. Wir alle mache Politik für die Bürger.

Übrigens: Wer wie die FWG dem Haushalt zustimmt, akzeptiert letztlich auch die Steuererhöhung, da sie Teil des Haushaltes ist.

Die erwarteten Mehreinnahmen von rund 90.000 Euro entsprechen etwa 2,50 bis 5,00 Euro im Monat pro Haushalt. Kein gewaltiger Betrag, aber die Summe der Zusatzbelastungen fördert den Bürgerverdross.

Der Schaden wäre deutlich höher. Wir müssten sämtliche Steuerungsmittel aus der Hand geben.

Deshalb schlagen wir eine gemeinsame Resolution an Bund und Land vor – ähnlich wie bei der von uns angeregten Resolution zum Thema Bahnhof.

Gleichzeitig stehen seit Jahren millionenschwere Investitionen an. Zu den wichtigsten Projekten zählen der Umbau der Kirch- und Lindenstraße, die Neugestaltung des Marktplatzes einschließlich der Versorgungsinfrastruktur sowie die Karl-Reidenbach-Brücke.

Der millionenschwere Kita-Neubau auf Kyrau wirft Fragen auf. Angesichts der sich abzeichnenden sinkenden Kinderzahlen stellt sich die Frage, ob die Einrichtung tatsächlich in der vorgesehenen Größe benötigt wird. Jede Gruppe weniger spart den Steuerzahlern mindestens eine Million Euro. Auch muss eine Anschlussnutzung eingeplant werden – ebenso für die bereits bestehenden Gebäude. Hier sollte die Kreisverwaltung Verantwortung übernehmen.

Auch beim Bauhof gibt es Licht und Schatten. Besonders hervorzuheben ist die Mannschaft um Herrn Kaiser, die täglich engagierte Arbeit leistet und maßgeblich zu einem gepflegten Stadtbild beiträgt. Dies gilt sowohl für die Sauberkeit im öffentlichen Raum als auch für die Grünpflege.

Gleichzeitig sehen wir Verbesserungspotenzial bei den Arbeitsbedingungen. So entsteht mitunter der Eindruck, dass bei den unteren Lohngruppen notwendige Höhergruppierungen kritischer hinterfragt werden als in anderen Bereichen. Diese Wahrnehmung sollte Anlass sein, bestehende Strukturen zu überprüfen.

Während wichtige Investitionen in Maschinen und Ausstattung erfolgen, sind inzwischen sogar Umkleidecontainer Gegenstand der Diskussion. Angesichts der umfangreichen Investitionen in den Bauhof der Verbandsgemeinde wirft dies durchaus Fragen auf. Hier erwarten wir langfristig angemessene Lösungen für die Beschäftigten.

Zu den weiteren Zukunftsprojekten zählen die Modernisierung der Straßenbeleuchtung, die Sanierung des Dröschers-Hauses sowie digitale Tafeln für die Volkshochschule.

Volkshochschule und Bücherei verdienen unsere Unterstützung. Besonders erfreulich ist die Hilfe durch regionale Stiftungen, die zahlreiche Projekte erst ermöglichen. Ebenso stolz können wir auf die Auszeichnung auf Bundesebene sein.

Weitere Lichtblicke sind die erfolgreiche Neubesetzung des Kinderarztsitzes – Dank an Dr. Zerfaß und die Bürkle-Stiftung, die den Weg geebnet haben.

Optimistisch bleiben wir auch bei der Suche nach dem Standort einer neuen Rettungswache. Ist der anvisierte Standort am Diso-Markt nun gesichert?

Wir alle kämpfen für unser Kirner Krankenhaus gekämpft. Herzlichen Dank an die Eheleute Ellen und Michael Müller, die auch heute im Stadtrat präsent sind. Unser Krankenhaus braucht ein CT, eine echte Notfallversorgung rund um die Uhr und damit eine echte Regio-Klinik Plus.

Nun ist das Gesundheitsministerium gefordert, klare Perspektiven aufzuzeigen. Die Bürger erwarten Verlässlichkeit und Transparenz.

Eine gesicherte medizinische Versorgung bleibt ein unverzichtbarer Bestandteil einer leistungsfähigen Infrastruktur.

Ein weiteres Highlight: Das kulturelle Leben in Kirn ist vorbildlich – mit Musikveranstaltungen, Märkten und Kunstausstellungen.

Ein Dank gilt den traditionsreichen Unternehmen, die zum Standort Kirn stehen – etwa SIMONA, der Kirner Privatbrauerei und der Basalt AG. Positiv hervorzuheben sind auch die vielen Bauaktivitäten privater Investoren. Stellvertretend danken wir der Werbegemeinschaft „Klar in Kirn“, Erik Herz und Gunnar Venter für ihr Engagement.

Die Bestandspflege der heimischen Wirtschaft bleibt von zentraler Bedeutung. Bürgermeister Ensminger und die Beigeordneten bilden ein eingespieltes Team. Dennoch wünschen wir uns mehr Dynamik und Sichtbarkeit in der Wirtschaftsförderung auf Ebene der Verbandsgemeindeverwaltung. Kritische Stimmen aus der Wirtschaft sollten ernst genommen werden.

Ein herzlicher Dank gilt unseren Ehrenamtlichen – dem Rückgrat unserer kommunalen Gemeinschaft. Besonders hervorheben möchten wir die Feuerwehr, die wir trotz aller finanziellen Schwierigkeiten bestmöglich auszustatten versuchen. Ebenso danken wir unserem Revierförster Tobias Helfenstein für seine hervorragende Arbeit, insbesondere im Bereich der Starkregenvorsorge. Wir drücken ihm die Daumen beim Wettbewerb um Deutschlands besten Förster!

Kirn hat bei der Aufnahme von Flüchtlingen Großartiges geleistet. Wenn Fluchtgründe entfallen, die Integration in den Arbeitsmarkt nicht gelingt oder unsere gesellschaftlichen Regeln konsequent missachtet werden, darf das kommunale System jedoch nicht dauerhaft überfordert werden.

Zum Thema Jugend:

„Langeweile frisst Hirn.“

Deshalb haben wir im Stadtrat eine Anfrage zum Thema Vandalismus und Videoüberwachung eingebracht. Die Leiterin des Ordnungsamtes, Frau Werle, prüft die Machbarkeit der Videoüberwachung. Positiv bewerten wir, dass unsere Anregungen aufgegriffen wurden und sich gemeinsam mit Stadt, Verbandsgemeinde und Polizei konstruktive Lösungsansätze entwickeln.

Gleichzeitig sehen wir Handlungsbedarf in der präventiven Jugendarbeit. Aus unserer Sicht steht der finanzielle Aufwand nicht immer in einem angemessenen Verhältnis zur Breite und Wirksamkeit der angebotenen Maßnahmen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir stimmen dem Haushalt zu, um die notwendigen Investitionen für unsere Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Trotz aller Herausforderungen blicken wir weiterhin optimistisch in die Zukunft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.